

Saale-Zeitung.

Sachsendruckerischer Jahrgang.

wedens die 6gepaltenen Kolonnen...

Schreibst. täglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Druck: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandbühlstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis: Für Halle... Preis 2,50 M., auswärts... 3,25 M.

Nr. 137.

Halle a. S., Donnerstag, den 21. März.

1912.

Auf dem Vulkan.

In Erwartung des Kaisers liegt die schmale, weißgestrichene „Hohensollern“ vor Venedig. Die ursprünglich aufgeschobene Kaiserreise geht nun doch programmäßig vor sich...

Ohne diese ist Großbritannien nicht in der Lage, der Welt seinen Willen zu diktieren. Mit Recht schreibt uns ein Mitarbeiter:

England kann Kriege in Afghanistan, an den Quellen des Nil, in Transsahara, alleorts in erotischen Gebieten führen, mit bewundernswertem Feldennut, mit unermüdlicher Fähigkeit, mit riesenhafteu Opfern an Gut und Blut...

Wenn es uns gelingt, zu erreichen, daß der Ring der Affkanten, mit denen wir seit dem deutsch-französischen Krieg uns den Frieden geharrt, noch besser geschmiedet werden kann, wenn England Deutschland an der Seite Oesterreichs...

Diesen Gedanken zu durchsetzen scheint die Absicht der „starken Männer“ zu sein, die im Reichsmarinamte willkommene Stützen finden. Wir werden ja sehen, wie in Wäldern die Büffel fallen, ob ihr Einfluß mächtig genug ist, ihnen unbedenklich die Minister zu beseitigen...

zwei Jahre Gefängnis erhielt, starb nach etwa 3/4 Jahren in der Haft auf Sameln; v. Mennering, der Seemannsrechte fand gewesen war (der sog. Schtepper) und vier Jahre Gefängnis erhielt, erbrachte sich nach dem Urteilspruch in seiner Zelle. Das war 1893. Die Organisation der Falschspieler war dieselbe. Unter Stallmann ist sie nur ausgedehnt und noch internationaler geworden...

Deutsches Reich.

Zur Monarchenzukunft.

Nam, 21. März. „Scoto“ schreibt, daß der Zusammenkunft Kaiser Wilhelms und König Viktor Emanuels in Venedig, die demüthigt stattfinden wird, eine große Bedeutung beizumessen sei. Es steht außer allem Zweifel, daß diesmal die Zusammenkunft der beiden Monarchen nicht nur ein einfacher Akt der Höflichkeit ist; doch ist es unniig, sich etwa größeren Illusionen hinzugeben...

Audienz des Reichstagspräsidiums beim Kaiser.

Aus Berlin telegraphiert man uns: Der Kaiser wird heute, Donnerstag, mittag das Reichstagspräsidium in Audienz empfangen.

Falsche Sparamkeit des Fiskus.

Die falsche Sparamkeit, die kleiner Vorteile halber große Schäden entsetzt läßt, ist vielfach in fiskalischen Betrieben vertreten. Die Schuld liegt zumeist in der unreflexen Denkartungst gewisser Beamten und Ressortchefs, die „nach oben“ hin gern den Eindruck erwecken, daß sie als tüchtige Leute die Interessen des Fiskus in erster Linie im Auge haben, um so die rührende Anerkennung ihrer Vorgesetzten zu ernten...

Der Eisenbahndirektor E. in Wiesbaden war vom Sommer 1904 bis in das Jahr 1906 in einem mangelhaften Dienstraum tätig. Besonders das Fenster ließ zu wünschen übrig. Es war so schlecht, daß der Wind in den Raum hineinfließ. Trotz der Beschwerde des E. wurde das Fenster nicht durch ein neues ersetzt, sondern vom Bahndirektor und seinen Leuten mit Berg „gedichtet“...

Landgericht und Oberlandesgericht Frankfurt a. M. haben den Fiskus gemäß des Klagenantrages verurteilt. Das Oberlandesgericht führt in seinen Entscheidungsründen aus, daß der Fiskus für die Diensträume und ihre Brauchbarkeit zu sorgen hat. Nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat der Dienstberechtigte die Diensträume so einzurichten, daß der zum Dienst Verpflichtete ohne Gefahr für Leben und Gesundheit geschäftlich ist. Gemäß § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat er für die Zahlungsfähigkeit seiner Vertreter einzustehen...

Die Plage von halb Europa.

Ein erfahrener Berliner Kriminalist schreibt uns: „Die Plage von halb Europa“ nannte der Staatsanwalt in dem nun zu Ende gebrachten Spielerprozeß jene „Räuberbande“ von Falschspielern, die leider bis jetzt nur zum kleinen Teile ausgegriffen und vor Gericht gestellt werden konnte. Dem „Räuberhauptmann“ Stallmann mit dem nom-de-guerre Baron Korff-Rudwig ist es befanntlich gelungen, seine Auslieferung aus Kalkutta zu hintertreiben. Er behält noch heute im besten Viertel von Paris eine Villa, die er aber nur selten bewohnt, nämlich immer nur dann, wenn er gerade keine große Sache dreht. Nach der Verhaftung seiner Spielgelegen verstand er nach Afrika, wo er ebenfalls eine Million Opfer ausbeutete...

Man scheint ja die größte Differenz einzuweisen beiseitigt; denn der Kaiser segelt nun doch programmäßig gen Korfu, ohne daß vorher in der Wilhelmstraße eine Ausboottung stattgefunden hätte. Aber, die Ideen des März haben trocknen eim dem Jupiter gefälliges Werk vollbracht, das die Öffentlichkeit vielleicht erst nach der Rückkehr des Kaisers von Korfu schauen darf! Der Kaiser soll, so erzählt man sich in den Bundesbüros des Reichstages, neuerdings geäußert haben, daß er der bisherigen Wirtschaft in den hohen Regierungskreisen leid sei. Wir glauben, keine Zensuraktion zu begehen, wenn wir verraten, daß diese Meinung wie beim Kaiser auch in „hohen Regierungskreisen“ herrscht, und daß man dort des bisherigen Gieranges gleichfalls überdrüssig ist und sich nach einer stillen „Villa Malta“ in der romantischen Schweiz sehnt; denn die Schaffensfreudigkeit eines Ministers muß schließlich der Spatze weichen, wenn sie permanent von Gegenströmungen durchkreuzt wird, die eine gewisse Verwandtschaft mit jener Kamarilla haben, von der Fürst Bismarck einmal sehr kurz (und doch wieder hinreichend genau) betonte, daß sie ein „häßliches Wort“ sei. Wer als aufrechter Mann auf der Kommandobrücke bleiben will, von der aus die auswärtige Politik gemacht wird, kann sich nicht aus dem „Mafkorb“ seine Befehle signifizieren lassen! — Solche in die Form von „Wünschen“ gefeldete Befehle wurden schon im Hochsommer des verlossenen Jahres verjagt; sie fanden erfruchtendweise eine kalte Ablehnung, da Herr von Kiderlen den von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes und auch den vom Kaiser begünstigten Standpunkt vertrat, es dürfe vom Kaiser wegen nicht zu einem Kriege kommen!

Damals zum „man“ schließlich dem Druck und stecke einen Pflock zurück. Heute glaubt „man“, dem Ziele wieder lebhafter zuzusteuern zu können. Der Kern der diesmaligen Differenzen, denn um solche handelt es sich, ist in divergierenden Anschauungen zwischen dem Kanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes einerseits und dem Kriegsmiister (der mit dem Staatssekretär des Reichsmarinamtes verbunden ist) andererseits zu suchen. Es sind Meinungsverschiedenheiten in der Auffassung über den Umfang der dem Reichstage zu unterbreitenden Vberforlagen. Unsere Informationen deken sich mit denen, die die „Liberale Korrespondenz“ empfing. Die erzählt: Der Staatssekretär des Reichsmarinamtes, Herr von Tirpitz, und der Kriegsmiister Herr von Heeringen haben ihrer Unzufriedenheit darüber unvorhohen Ausdruck gegeben, daß die in Aussicht stehenden Vorlagen hinter ihren Wünschen und Ansprüchen zurückbleiben. Der Reichstanzler und Herr von Kiderlen-Wächter bleiben aber mit einer gewissen Energie dabei, daß hinsichtlich des Ausmaßes der Weiterzustimmungen die Kirche im Dorf bleibt; sie berücksichtigen die internationale Lage und vor allem das Verhältnis zu England, das sie freundschaftlich zu gestalten die beste Absicht haben.

Der Staatssekretär des Auswärtigen vertritt wahrscheinlich, die unseres Erachtens, ganz richtige Auffassung, daß nach der Anbahnung eines guten Verhältnisses mit Rußland, ein leidliches Zusammenarbeiten mit dem praktisch denkenden England und er ebenso möglich sein müsse und daß nicht ein uns bis ins innerste Mark drückender Panzer, sondern neben einer solid konstruierten die Grenzen unserer wirtschaftlichen Kraft nicht übersteigenden Rüstung eine geschickte Bündnispolitik der Faktor sein müsse, mit dem operiert werden soll. Es gilt, England durch ein ruhiges, zielbewusstes Diplomatisieren einzufleischen. Denn die Stärke Albions besteht heute in seinen Bündnissen. England bedarf zur Wahrung seines Willens der Allianzen!

angebracht hat und daß der mangelhafte Zustand des Dienstlofs die Ursache zu seinem Entlassen geworden ist.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. bestätigt und die vom Piskus eingeleitete Revision zurückgewiesen. Der Streitwert ist vom Reichsgericht auf 25 000 bis 30 000 Mark festgesetzt worden. — Ein teures Penitent! (Aftenzetzer: III. 312/11. — Urteil vom 18. März 1912.)

Terroismus.

Der sozialdemokratische Zusammenbruch im Rußland.

Die „Nationalität. Corr.“ schreibt: Zu Aften im Landtrefse Dortmund wurde in der Nacht zum Dienstag ein den sozialdemokratischen Terroismus kennzeichnender Akt unternommen, — als hätte sich der Zusammenbruch des Reichens durch den neuesten Verbrechen die Anklage gegen das Leben der Arbeiterklasse nach hinanhalten! In drei verschiedenen Stellen wurden gegen lokale Bergarbeiter, denen der Unterhalt ihrer Familien wichtiger war als die Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen, Dynamitanschläge verübt. In dem einen, indem man die Wohnungen der betroffenen Arbeiter in die Luft jagte und ihre spärliche Habe durch explodierende Patronen demolierte; glücklicherweise, ohne die Bewohner selbst zu verletzen. Die feigen Täter sind natürlich ausgegriffen. Am Abend des nämlichen Tages aber wurde auf der Reiterferienort Badrum von den streikenden Verbänden jene den Streit aufhebende Resolution gefaßt, welche mit einem „entrichteten Protokoll“ gegen die angeblich von den Behörden unternommene „Bejagung“ der staatsbürgerlichen Rechte der „streikenden Bergleute“, gegen die „Schrehung und Einschränkung der — Streikenden“ um eingeleitet ist! Die Meldungen aus Aften und aus Badrum sagen gleichfalls vor, und ihre Zusammenstellung rechtskräftig beschah, weil die Behauptungen der Badrum Resolution durch die Dynamitanschläge gegen die Arbeiterwilligen ausgeglichen illustriert werden.

Kreisinspektoren und Politik.

Den Kreisinspektoren des Kösliner Regierungsbezirks ist eine neue Dienstanweisung zugegangen, die auch die politische Meinung und Betätigung des Lehrers regelt! Der betreffende Absatz — es ist der § 4 — beginnt:

„Die Kreisinspektoren sollen, was die Aufsicht über die Lehrpersonen anlangt, durch Teilnahme, Freundlichkeit und Gerechtigkeit das Vertrauen der Lehrer gewinnen, durch überlegenes Fachwissen und Gehalt im Unterricht ihnen Vorbild und Berater sein.“

Das politische Leben des Lehrers wird folgendermaßen geregelt. „Da insbesondere eine vergebende, parteipolitische Agitation mit dem Amte eines Lehrers unvereinbar ist, das Ansehen des Standes sehr herabsetzt und bei einem Teile der Eltern das für das entsprechende Wirken des Lehrers notwendige Vertrauen untergräbt, so ist darauf zu halten, daß die Lehrer in dieser Beziehung sich einer angemessenen Zurückhaltung befleißigen.“ „Daß hiermit den Demonstrationen gegen die Lehrer beim Kreisinspektoren Tor und Tür geöffnet ist, liegt wohl klar auf der Hand, und in unserm lieben Kommen wird man bald recht fleißig „leinen Lehrer“ beim Kreisinspektoren zur Anzeige bringen, weil er „vergebend agitiert“. Einen beherrschenden Begriff als den der „vergebenden parteipolitischen Agitation“ gibt es bekanntlich nicht, und somit ist der Lehrer, der doch wohl auch das Recht der freien Anschauung hat, politisches Freiwill.

3 Aus Schwarburg-Rudolstadt wird uns geschrieben:

Man ist jetzt in so ziemlich allen Kreisen des Landes davon überzeugt, daß das bisherige Verfahren der Regierung in der gegenum bekannnten Wahlrechtsfrage nicht weiter fortgesetzt werden kann. Denn jetzt ist, 6 7 Jahren kommt man insoweit dieser „vertrauten“ Gesichts nicht mehr weiter. Die dringlichsten Kulturfragen bleiben liegen, da die Regierung ihre dreimal abgeleitete Veroppelung gar nicht zusammengehörender Gesetzesvorlagen als unumgänglich ausgebaut hat, und die Sozialdemokraten gerade von solcher Veroppelung nichts wissen wollen. So geht das nicht weiter. Zu dieser Erkenntnis ist auch der „Baterländische Wahlverein“ gekommen, der als Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien erst nach der letzten Landtagsauflösung gegründet wurde. Sein Vorstand, dem u. a. die führenden Nationalliberalen Kommerziant Müller und Justizrat Sommer in Rudolstadt angehören, wird demnächst den Staatsminister in einer herbeizuführenden Unterredung ersuchen, die Regierung möge in Zukunft unter allen Umständen von Verbindungen ihrer Vorlagen miteinander absehen, da sonst die Arbeit im Interesse des wachsenden bürgerlichen Einflusses im Landtage ausbleiben würde. Ueberhaupt hätte die Regierung mit der Landtagsauflösung warten sollen, bis die Sozialdemokraten durch eventuelle Abänderung des Staats eine zwingende Veranlassung boten, wie die, die die Regierung ohne zwingende Notwendigkeit vornehmlich herbeiführte.

Düsseldorf, 20. März. Am dem Antrag der Nationalliberalen auf Befreiung der Disziplinarkinder von dem künftigen möglichen konfessionellen Religionsunterricht nachdruck zu verleihen, verantworteten die Freireligiöse Gemeinde, der Wissenschaft und der Freireligiösen eine von rund 800 Personen besetzte Versammlung, die einstimmig einen Beschlusstrat ergab, worin gegen die Zwangsmaßregeln der preussischen Unterrichtsverwaltung Einspruch erhoben wird, durch die die Disziplinarkinder von Befreiung von Geld- und Freiheitsstrafen gezwungen werden, ihre Kinder in einen ihnen fremden konfessionellen Religionsunterricht zu schicken. Die Versammlung fordert die Befreiung des Zwanges zunächst im Interesse der Religion, ferner im Interesse der Pädagogik, endlich aber im Namen der Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz.

Parlamentarisches.

Verfassungsfragen.

Eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente war dem Reichstag geordnet worden. Zur Prüfung der Frage, ob eine Herabsetzung in nächster Zeit möglich erscheint, wird die Regierung demnächst eine Sachverständigenkommission einberufen. Die Sachverständigen werden von den einzelnen Bundesregierungen beauftragt werden. Man nimmt an, daß diese Kommission sehr umfangreiche Erhebungen vornehmen wird, um festzustellen,

ob die Herabsetzung der Altersgrenze bereits vor dem Jahre 1915 erfolgen kann.

Die Unterrichtscommission.

des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern normittag ausführlich mit der im vorigen Jahre nicht zur Verhandlung gekommenen, aber neuerdings wieder eingebrachten Petition verschiedener Frauenvereine um Zulassung der Mädchen zu höheren Knabenschulen.

Die Mehrzahl der Kommission wollte sich nicht davon überzeugen, daß die Reobuktion von Vorteil sein würde. Die Petition wurde durch Ueberlegung zur Tagesordnung erliebt, fünf Mitglieder hatten für Ueberweisung zur Ermäßigung gestimmt.

Die Wassergesetzcommission.

des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich Dienstag abend zunächst noch einmal mit dem neu eingeleiteten Schabens-erlass-Paragrafen.

Er hat inwieweit die folgende Fassung erhalten: § 24. Für den Schaden, der durch die unerlaubte Verunreinigung eines Wasserlaufs entsteht, haftet der Unternehmer der Anlage, von der die Verunreinigung herührt, sofern er nicht beweist, daß die Verunreinigung durch höhere Gewalt verursacht wird. Den Hypotheken-, Grundbuch- und Rentenkollisionsregeln wird eine besondere Entschädigung nicht gewährt. Doch finden zu ihren Gunsten auf die dem Eigentümer des belasteten Grundstücks zu gewährende Entschädigung die Vorschriften der Artikel 52, 53 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch Anwendung. Würde die Verunreinigung von mehreren Anlagen her, so haften die Unternehmer als Gesamtschuldner. Unter sich sind die Unternehmer nach dem Verhältnis der Anteile an der Verunreinigung, im Zweifel zu gleichen Teilen verpflichtet. Fällt jedoch einzelnen von ihnen ein Verschulden zur Last, so haften diese allein. Die Vorschriften, wonach auch andere für den Schaden verantwortlich sind, bleiben unberührt. Im Verhältnis zu dem Unternehmer sind, diesen ein Verschulden nicht zur Last fällt, die anderen allein zum Schadenersatz verpflichtet. Die Vorschriften des § 254, des § 240 Abs. 1, 2 und des § 552 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung.“ Der Paragraf wurde mit allen gegen die fortschrittlichen und eine nationalliberale Stimme angenommen.

Die verklärte Gemeindefraktion.

des Abgeordnetenhauses beriet gestern abend das Ausfüh-rungsgezet zur Maß- und Gerichtsordnung.

Die Vorlage wurde in der vom Herrenhaus herüber-gekommenen Fassung angenommen bis auf den ersten Absatz der Riffer 4 des § 3. Die darin enthaltene Bestimmung über die Bestellung von Fuhrwerkern durch die Gemeinden für die Einhebung bei Amtshandlungen außerhalb ihres Amtssitzes wurde getilgt. Die Regierung legt großen Wert darauf, daß diese Vorlage nach der in der Kommission verabschiedet werde, wie bereits am 1. April das bisher in Geltung befindliche Gesetz von 1869 außer Kraft treten soll. Die Wähler der Mehrheit geht aber dahin, den durch den Kollisionsatz bis zu den Oberkreisen in Anspruch genommenen Arbeitslohn des Plenums nicht auch noch durch diese Materie zu belasten. Es wurde auch hierauf wieder auf die frühe Einberufung des Landtages hingewiesen.

Einheitsstrenographie.

Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat im Abgeordnetenhaus den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitsstrenographie tatkräftige Förderung finden.

Parteinachrichten.

L. C. In München findet am 23. und 24. März der dies-jährige Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei Bayerns statt. Dabei wird Abg. Dr. Müller-Weinungen über die politische Lage im Reich und in Bayern und Abg. Dr. Luidbe über die Stellung der Partei zu den allgemeinen liberalen Vereinen Bayerns sprechen. Für eine öffentliche Volksversammlung im Rindl-Keller sind die Reichstagsabgeordneten Haas und Rospig angemeldet.

Das fortschrittlich-sozialdemokratische Stichwahl-abstommen. Jetzt kommt auch noch die „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ und sucht sich an der fortschrittlichen Partei zu reiben. Sie behauptet, die Wähler der Partei, deren Führer von Schulze-Dehlfisch bis Eugen Richter die Sozialdemokratie stets aus schwarze bestämt hätten, händen am Scheidewege; sie müßten Farbe bekennen, ob sie den Verrat der fortschrittlichen Führer an dem Interesse des deutschen Bürgerturns und am vaterländischen Gesamtwohl guthießen. Das fortschrittliche Bürgerturn müßte volle Klarheit geben. Es habe sonst zu gewärtigen, daß der Endkampf zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Weltanschauung nicht nur gegen die Sozialdemokratie selbst, sondern auch gegen das mit ihr verbündete fortschrittliche Volkstum kämpfen werde.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ zeigt in diesen Aussagen wieder einmal, daß er eine Insti-tution zur Unterfütterung der Rechtsparteien ist und sein will. Seine Angriffe gelten, wie wir sehen, nicht nur der Sozialdemokratie, sondern, im Grunde genommen programmwidrig, auch mindestens in demselben Maße der fort-schrittlichen Volkspartei. Sein Gerede über Verrat und Volkstum ist um so deplacierter, als er, soweit uns wenigstens bekannt geworden ist, noch kein Wort des Tadelns über die Konföderation, Antikemiten und Wandler hat fallen lassen, die indirekt oder auch direkt die Sozialdemokratie unterfüttert haben. Warum werden die Antikemiten in Nordh a u s e n, die aus purer Politik der Bossheit für den Sozialdemokraten Cohn gegen den Fortschrittler Wemer ge-stimmt (sich also nicht etwa bloß der Stimme enthalten) haben, nicht also geordert, „Farbe zu bekennen“ und „volle Klarheit“ zu geben? Und wird die der „Gesamtheit“ viel leicht auch gegen das mit der Sozialdemokratie verbündete ent-scheidende Volkstum richten? Diese Fragen werden wohl kaum genügend beantwortet werden. Und doch müßten sie viel eher gestellt werden als die Aufforderungen an die Volkspartei. Denn für Konfervative ist es ein „Staats-verbrechen“, sozialdemokratisch zu wählen; der Fortschritt ba-gegen hat den Kampf gegen die Sozialdemokratie zwar stets als einen seiner ersten Ziele, aber nie als das alleinige oder unter allen Umständen maßgebende erkannt.

Not- und Personalnachrichten.

* Die Komitè des Prinzen Heinrich von Preußen wird das Direktorium am Großherzog. Hof in Darmstadt verbringen.

Die Prinzessin Heinrich ist mit ihrem jüngsten Sohne, dem Prinzen Eupimund, bereits dort eingetroffen. Prinz Heinrich kommt nächster Tage nach Kiel nach Darmstadt.

Ausland.

Eine neue Erklärung Churchills.

□ Aus London wird gemeldet:

Im Laufe der Debatte über den Flottenetat ergriff im Unterhaufe Mar in e m i n i s t e r C h u r c h i l l das Wort und führte etwa folgendes aus:

Murray Macdonald hat die Regierung aufgefordert, eine Politik energischer Flotteneinrichtungen einzuführen. Ich muß daran erinnern, daß Campbell Bannerman einen sehr ernsten Versuch in dieser Richtung in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit gemacht hat. Man hätte glauben sollen, daß nach dieser Einladung nicht durch Worte, sondern durch Taten ein Nachlassen oder wenigstens keine Erhöhung des Flottenprogramms der nächst nächsten S e e m a c h t e i n-getreten wäre. Das Bauprogramm dieser Macht wurde jedoch erweitert, so daß in dem Jahre, in dem wir nur zwei Schiffe bauten, die nächsthöhere Macht mit dem Bau von vier Schiffen begann. Ich wünschte, ich könnte mich zu dem Glauben bekehren, daß eine plötzliche Einschränkung von unserer Seite Bestrebungen befestigen wird, die wir beklagen. Aber ich glaube nicht, daß es geschehen würde. Wenn dem so ist, so kann die Admiralfürst überhört nicht viel tun, um den Wettstreit in den Rüstungen zu verringern. Trotzdem kann ich jedoch drei Dinge tun: wir können aus unseren Marinebudgets und aus unserer Flottenpolitik E l e m e n t e r d e r U n g e w i s s e i t u n d d e s A r g w o h n s e n t-fen. Ich hoffe, das Haus wird einsehen, daß ein Versuch, vorauszuweisen und die zukünftige Laue vorzubereiten, die Wirkung haben wird, die Ungewißheit in unserer Flottenpolitik zu beistellen, so daß die Notwendigkeit vermieden wird, alljährlich lange und ins einzelne gehende Begründungen und beständige Bezugnahme auf die Baupläne der anderen Mächte anzustellen. Seit einiger Zeit sind Verhandlungen im Gange zwischen England und Deutschland für den Austausch von Informationen über die Flotte, und ich verhoffe das Haus, daß wir sicherlich sehr froh sein werden, wenn die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis gelangen. Wir haben in unserem Flottenbauprogramm durchaus nichts zu verbergen.

Lord Charles Berosford

äußerte sich einem Vertreter des „Evening Standard“ gegen-über über Marineminister Churchills Budgetrede folgendermaßen: Er sei überzeugt, daß der Wettbewerb und die Ge-zerrtheit zunehmen würden und daß man im englischen Flottenprogramm Deutschland überhaupt nicht erwähnen sollte. England sollte nur seine Reichsinteressen berücksichtigen und die Kolonien veranlassen, ihrerseits die Nahrungs-versorgung zu sichern, entweder durch Bewaffnung von Handels-schiffen oder durch Sicherstellung der Lebensmittelpfer-sonung durch die Regierung. Das würde die Handelsströme absolut sicher gestalten und anderen Ländern zeigen, daß ein Wettbewerb mit England unmöglich ist. Daß jetzt von Krieg zwischen England und Deutschland die Rede ist, beweist, daß England nicht so stark ist, wie es sein sollte. Es sollte zu gerichtet sein, daß kein Krieg gar nicht gesprochen werden könnte. Churchill habe offenbar bewiesen, daß der englische Ueberfluß an Dreadnoughts nicht groß genug sei. Mit Kreuzerflotten habe kein Land einen Krieg ge-wonnen. Nach Churchills eigenen Angaben würde England im Januar 1915 nur einen Ueberfluß von zwei Dreadnoughts gegenüber Deutschland und Oesterreich haben, und nach Churchills eigener Beweisaufstellung sei dieser Ueberfluß zu klein, denn sonst würde er nicht von Kreuzern leben. Ferner habe er auch nicht genug Mannschaften für die zweite Linie, falls die erste geschlagen sei. Alles dies bedeute ein Risiko, und England dürfe, was Beherrschung des Meeres anlange, kein Risiko auf sich nehmen.

Aus Gibraltar wird telegraphiert, daß Befehl erteilt wurde, alle Ausbesseerungen an den Kriegs-schiffen einzustellen und sie Kopien entnehmen zu lassen. Die Reparaturen an dem im Hochdruck beschleunigt. Die Maßnahmen werden dort bei neuen 5 Loten-erteilung ausgeführt und nicht den alarmierenden Gerüchten über die internationale Lage.

Die Mindestlohnbill abgelehnt.

□ London, 21. März. Seit gestern hat die Lage des Kohlenpreises wieder eine Wendung erfahren. Zwei wichtige Ereignisse haben sich in den Vordergrund der Dinge geschoben. Der Gewerkschaftenverband hat offiziell mitgeteilt, daß er den Geselensvertrag der Regierung über den Minimallohn in seiner jetzigen Form nicht annehmen könne. Der Verband beauftragte die Mitglieder seines technischen Komitees, sich mit den Mitgliedern des Unterhauses zu verständigen, um Zu-hörungsanträge zu den Regierungsvorschlägen einzubringen. Das andere wichtige Moment ist, daß die unionistische Partei nach Prüfung des Wortlauts des Regierungsvorschlusses zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Bill keine Garantien für die Kohlenarbeiter enthält. Komt ihnen dieser Partei wird nun der Kammer der Vorlage gemacht werden, den Geselensvertrag in seiner zweiten Lesung auf 8 Monate zu vertagen, was einer Ablehnung des Regierungsvorschlusses gleichkommt. Die Regierung wird daher gezwungen sein, die Aufzuarbeit, die von den Vertretern der Arbeiterpartei namens des Verbandes der Gewerkschaften eingebracht werden, anzunehmen.

Kohlenstreik in Spanien.

Madrid, 21. März. Angehört der in den asturischen Kohlenminen herrschenden Bewegung beschloß die spanische Regierung, daß nach dem Oftern erfolgenden Wiedereintritt der Cortes ein auf die Minimallohn billiger Gesetz entwurf vorgelegt werden soll.

Amerikanische Kohlenstreik.

Newport, 21. März. Der Zustand sämtlicher Kohlenarbeiter in den Zehen der Staaten Ohio, Illinois, Indiana und West Virginia ist gestern in Cleveland für den 1. April verlegt worden. Der Streik wird nur 14 Tage dauern. In Arbeiterkreisen hofft man, daß in dieser Zeit während der Unterhandlungen über die Erneuerung der Arbeitsverträge bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Bergleute erzielt werden.



Das Pianola

Der beste
: Klavierspiel-Apparat :
für
künstlerischen Vortrag.

Alleinvertreter:
B. Döll,

Gr. Ulrichstr. 33/34.

:: Man verlange Prospekte. ::

Vom Cholera-Kampf.

Rom, 21. März. „Corriere della Sera“ berichtet, daß die im Roten Meer befindlichen italienischen Kriegsschiffe den Hafen von Suda bombardiert haben.

Paris, 21. März. „Leclair“ meldet aus Rom: Giolitti hatte gestern längere Besprechungen mit dem Minister des Innern, dem Kriegsminister und dem Generalstabschef, die vier Stunden in Anspruch nahmen. Dagegen über diese Besprechungen Stillschweigen beobachtet wird, glaubt man doch mit Sicherheit behaupten zu können, daß die Regierung gestern den Angriffsplan gegen die Türken festgelegt hat. Dieser besteht in der Beschießung von Smirna und Saloniki und in der Besetzung von zwei Inseln im Archipel. In römischen und unterrichteten Kreisen glaubt man, daß gleichzeitig mit dem italienischen Angriff auf die Türkei eine russische Truppenbewegung an der türkischen Grenze erfolgen wird.

Selbstmord eines ungarischen Reichstagsabgeordneten.

Aus Budapest wird unterm 20. März gemeldet: Der Reichstagsabg. Emerich von Szivar, Präsident der Subdeputiertenkammer und hervorragendes Mitglied der Regierungspartei, hat sich im Eisenbahngasse Subjekt-Mien anlässlich wegen eines unheilbaren Nierenleidens erschossen, nachdem er vorher eine starke Dosis Morphium genommen hatte. Ministerpräsident Khuen-Hedervary war mit Szivar eng befreundet.

Wie verläuft, steht der Selbstmord Szivars mit finanziellen Schwierigkeiten einer kleinen Bananfabrik, der Amortisationsbank, in Verbindung, als deren Präsident er fungierte. Das Aktienkapital dieser Bank beträgt zwei Millionen Kronen. Sie genoss schon seit langem keinen besonderen Kredit.

Amerika verstärkt seine ostasiatische Flotte.

Die Lage im fernen Osten wird in Washington als sehr ernst bezeichnet, und man befürchtet, daß in Kürze in China bedeutende Unruhen ausbrechen werden. Der amerikanische Marineminister hält es daher für unbedingt notwendig, in Ostasien zwei starke Kriegsschiffe zu unterhalten, eine in den chinesischen Gewässern und eine in den Philippinen. Es wird ferner beabsichtigt, ein vollständiges japanisches Armeekorps auf Formosa untergebracht zu sein, und aus Tientsin wird berichtet, daß ein Komplotz aufgedeckt worden sei, das die Tatingbrücke auf der Straße zwischen Wutun und Schanghai in die Luft sprengen wollte. Aus Tientsin kommt endlich auch die Meldung, daß Truppen und Wob die Stadt Weichang, dreißig Meilen von Tientsin, total geplündert hätten, ebenso die Stadt Schandehu, wobei fünfzig reiche Kaufleute erschlagen worden seien.

Kämpfe in Marokko.

Paris, 21. März. „Matin“ berichtet aus Ocran: Ein Telegramm aus Urdaba meldet, daß an der algerisch-marokkanischen Grenze zwischen französischen Soldaten und eingeborenen Truppen neue Gefechte stattgefunden haben. Nähere

Erfahrungen über den Ausgang liegen noch nicht vor, doch sollen auf Seiten der Franzosen 10 Mann gefallen sein.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

Halle a. S., 20. März.

Ein Gegner des Impfschwangs.

Ein hiesiger Kaufmann ließ seinen im September 1910 geborenen Sohn nicht rechtzeitig impfen. Zunächst legte er ein Urteil eines Arztes vor, der die Impfung des Kindes wegen vorausgegangener Masernkrankheit zurzeit nicht für ratsam erklärte. Auf Veranlassung der Polizeiverwaltung nahm jedoch der Kreisarzt eine nochmalige Untersuchung des Kindes vor und kam zu dem Ergebnis, daß der Impfung nichts im Wege stehe; sie könne ohne Schaden für Gesundheit und Leben des Kindes vorgenommen werden. Trotz dieses freisprachlichen Gutachtens verzweigte der Kaufmann, da er Impfgegner ist, auch weiterhin die Impfung seines Sohnes. Die Folge seines Sträubens war natürlich ein Strafmandat wegen Verletzung des Impfschlusses vom 8. April 1874. Er erhob gegen den Strafbefehl Einspruch, das Schöffengericht beauftragte jedoch die Strafe in Höhe von 2 Mark. Nach dem maßgebenden Gutachten des Kreisarztes sei das Kind impffähig gewesen. Die Verurteilung der Eltern, ihre Kinder zu den vorgeschriebenen Terminen impfen zu lassen, sei gleichfalls festgelegt. Dieser gesetzlichen Pflicht habe der Angeklagte daher nachzukommen, auch wenn er Impfgegner sei. Ueber die Zweckmäßigkeit oder die Schädlichkeit des Impfens habe das Gericht keine Ermessungen zu treffen; es habe sich lediglich an die gesetzlichen Impfpflichten zu halten.

Ein Schüler wegen Totschlags verurteilt.

Magdeburg, 20. März. Der Schüler Koch, welcher im Oktober des vorigen Jahres den Oberlehrer Ismer und dann sich selbst zu erschlagen versuchte, wurde heute wegen Totschlags zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Mordversuch an seinem eigenen Kinde.

Gera, 20. März. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Handarbeiter Konrad Turbanisch aus Hohenturm, zuletzt in Weida wohnhaft, wegen verlusten Mordes an seinem 2 Jahre alten Kinde zu vier Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust.

Ein Dr. jur. als Hochstapler.

Tübingen, 19. März.

Ein Hochstapler und Abenteuerer hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht in der Person des Dr. jur. Bringsdorf wegen mehrfachen Betruges und Betrugsversuches zu verantworten. Der Angeklagte stammt aus guter Familie und hatte

gute Anlagen, so daß ihm eine glänzende Zukunft gesichert erschien. Er studierte zunächst in Heidelberg und promovierte in Greifswald zum Doktor. Dann ging er in die Schweiz, um sich hier eine Stellung zu suchen. Es glückte ihm auch, im schweizerischen Staatsdienst ansehnlich und zufrieden. Sein leidendes Blut verleitete ihn aber schließlich über seine Verhältnisse zu leben, so daß er Schwindeln begann, um sich über Wasser halten zu können. Als ihm der Boden zu heiß wurde, flüchtete er. Er war längere Zeit in China, auf den Philippinen, in Mexiko und Südamerika tätig, ohne jedoch seinen Fuß fallen zu können. Schließlich trieb ihn das Heimweh wieder nach Hause. Aber auch in Deutschland vermochte er nicht, eine feste Beschäftigung zu finden, und bald war er wieder auf dem alten Wege der Waren- und Kredit-Swindeln. Er ging zunächst nach Heidelberg, wo er die Kenntnis der Bergaltäre ausnützte, um sich Pflanzanten gegenüber als alter Körperstube auszugeben. Als die Wahnungen der Gläubiger dringender wurden, verlegte er den Schauplatz seiner Tätigkeit nach Tübingen. Auch hier trieb er das alte Spiel. Er nahm Waren auf Kredit und verleitete sie. Inzwischen hatten die Heidelberger Behörden seinen neuen Aufenthaltsort ausgespioniert und er wurde verhaftet. Er hatte es verstanden, allein einem Juwelier für über 2000 M. Juwelen abzulösen. Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf 6 Monate zwei Wochen Gefängnis. Nach Verurteilung seiner Strafe wird der Verurteilte an die Schweiz ausgeliefert werden.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Weinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weinger; Feuilleton, Vermischtes usw.: Hartmut Fuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Henschel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Von besonderem Interesse für jeden Reinkontanten ist die heutige Beilage der Central für Weintrieb m. b. S., Berlin. Diese Gesellschaft ist fakturistisch verpflichtet, ihre Weine zum Selbstkostenpreis abzugeben und darf, als ihren einzigen Gewinn, nur eine Umsatzgebühr von 10 Proz. erheben. Ein etwa über diese Umsatzgebühr hinaus erzielter Gewinn muß lautungsgemäß an die Abnehmer zurückvergütet werden. Unseren Lesern dürfte die neuliche Veröffentlichung der C. f. W. noch in Erinnerung sein, wonach die pro 1911 an die Abnehmer zurückzugehrende Summe März 17 364,57 beträgt.

Kufake ist
Für Erwachsene
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die bestgeeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

Einmaliges Angebot

von ganz besonderer Preiswürdigkeit in

:: Tüll-Gardinen. ::

Nur bestbewährte, auf ihre Qualität und Haltbarkeit geprüfte Fabrikate, kommen zum Verkauf.

Tüll-Stores weiss und creme, neue Ausmusterung	450 300 250	1 ²⁵ M.	Erbstüll-Künstler-Dekorationen	1450 1050 825	5 ⁹⁰ M.
Tüll-Gardinen abgepasst, weiss, elfenbein u. creme Fenster	600 400 250	1 ⁶⁵ M.	Erbstüll-Bettdecken für 2 Betten in elfenbein u. oder	1450 1150 875	6 ⁷⁵ M.
Tüll-Dekorationen 2 Schals und 1 Lambrequin, weiss, elfenbein und creme	975 750 575	3 ⁹⁵ M.	Kongress- u. Madras-Dekorationen 2 Schals u. 1 Lambrequin	1150 935 875	4 ⁹⁰ M.
Erbstüll-Band-Stores mit Volant	1050 725 585	3 ²⁵ M.	Leinen-Dekorationen reich bekorbelt	500 425	2 ²⁵ M.
Kochelleinen-Dekorationen grosse Ausmusterung			1450 1000 750	5 ²⁵ M.	
Tüll-Gardinen vom Stück, weiss und creme	Meter 85 75 50 35	22 Pt.	Allover net zum Selbstanfert. von Uebergardinen l. weiss, elfenbein u. creme, 130 cm breit Mtr. 325 bis		55 Pt.
Sofa-Plüsch in allen modernen Farben Meter 1000 875 500 525 490 450		3 ⁹⁵ M.	Gemust. Vitragenstoffe 80 cm breit, creme u. altgold Meter 05 u.		60 Pt.
Wollene Sofa-Bezugstoffe grosse Muster-Auswahl Meter 650 400 350 250					1 ⁸⁵ M.

:: : Geschäftshaus **J. LEWIN** Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

